

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Nordfriesland – Der Kreisvorstand

Antrag an den außerordentlichen Landesparteitag der SPD am 31.07.2009 und 01.08.2009, in Lübeck

Antragsteller: SPD-Kreisverband Nordfriesland auf Beschluss des außerordentlichen Kreisparteitages vom 18.07.2009

Der a. o. Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein möge beschließen:

Im Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl soll aufgenommen werden:

Die SPD setzt sich für die stetige Förderung erneuerbarer und nachhaltiger Energien ein.

Die SPD lehnt die CO₂-Verpressung unter der Oberfläche von Schleswig-Holstein, des Wattenmeeres und der Nordsee ab.

Begründung:

Das nördliche Schleswig-Holstein ist die moderne Kern-Region für die Entwicklung erneuerbarer und nachhaltiger Energien.

Energiepolitische Zukunft liegt in Wind, Sonne, Biomasse. Wir müssen weg von Kernenergie und Kohle.

Das gesamte nördliche Schleswig-Holstein muss weiter zur modernen Kern-Region für die Entwicklung erneuerbarer und nachhaltiger Energien ausgebaut werden.

Damit ist den Zielen des nachhaltigen Klima- und Umwelt-Schutzes am besten gedient.

Die Wiederverwendung von Verbrennungs-Produkten muss uneingeschränkter Vorrang vor deren Ablagerung, Verpressung und Entlassung in die Atmosphäre haben.

Um diese Absicht schnellstmöglich zu verwirklichen, fordern wir

- den Landes-Vorstand der SPD,
- den Bundes-Vorstand der SPD,
- die Landes-Regierung Schleswig-Holstein und
- die Bundes-Regierung

auf, unverzüglich folgende Maßnahmen zu ergreifen, zu veranlassen und umzusetzen:

1. Erheblicher und unverzüglicher flächenhafter Ausbau des elektrischen Netzes, um die in Schleswig-Holstein erzeugte elektrische Energie auch in Zukunft ohne jede Schwierigkeit sowie vor allem auch die Spitzen-Erzeugung auf kurze Distanz einspeisen und nutzen zu können.

2. Ausweisung weiterer erheblicher Windkraft- und Photovoltaik-Nutzungs-Flächen in der Landesplanung, um mittels moderner Windkraft-Anlagen (on-shore sowie off-shore) und mittels Photovoltaik-Anlagen die vorhandene Windenergie bzw. Sonnen-Energie besser nutzen zu können.
3. Einrichten spezieller Förder-Programme, um Anlagen zu erforschen, zu erproben und zu errichten, welche die erzeugte elektrische Energie dezentral speichern und in Gänze wiedereinspeisen zu können. Dafür eignen sich z.B. die Wasserstoff-Technologie oder Erd-Druck-Speicher.
4. Einrichten spezieller Förder-Programme, um Anlagen zu erforschen, zu erproben und zu errichten, welche z.B. geeignet sind, CO₂ ohne das Entstehen schädlicher Stoffe mit Hilfe von Wasser oder Wasserstoff in Kohlen-Wasserstoffe umzuwandeln und so zu einer nützlichen Wiederverwendung und Verwertung der Verbrennungs-Rückstände führen.
5. Einrichten spezieller Förder-Programme, um Anlagen zu erforschen, zu erproben und zu errichten, welche geeignet sind, Abfall-Wärme oder Erd-Wärme (Geothermie) zur Energie-Gewinnung und Wärme-Nutzung einzusetzen.
6. Nachhaltige Förderung von Anpflanzungen und Aufwaldungen von Wüsten- und Steppen-Gebieten im Rahmen der Entwicklungs-Hilfe-Politik.
7. Internationales Verbot des Abfackelns überschüssigen Gases, welches bei der Erdöl-Förderung oder bei Raffinerien als Neben-Produkt entsteht.

Kein CO₂-Lager in Nordfriesland und Umgebung!

Die Kernregion alternativer Energieentwicklungen nördliches Schleswig-Holstein darf nicht zur CO₂-Müllkippe der Nation werden.

Die Schaffung eines Einlagerungsgebietes für CO₂ unter Nordfriesland und Umgebung würde nicht nur die Fundamentierung einer falschen, weil klimaschädlichen Energiepolitik durch Kohlekraftwerke bedeuten, sondern auch eine Blockade für den weiteren Ausbau klimafreundlicher Energietechniken aus Wind, Sonne und Biomasse.

Ein CO₂-Lager in unserer Heimatregion muss auch deshalb verhindert werden, weil es neben der Beschädigung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunftschancen weitere unkalkulierbare Risiken mit sich brächte:

- durch den allgemeinen Imageschaden für die in Nordfriesland lebenswichtigen Bereiche wie Tourismus, Landwirtschaft und alternative Energien;
- durch die Interessenkollision mit den Windkraftbetreibern;
- insbesondere auch weil die für CO₂-Einlagerung geeigneten geologischen Formationen auch als Druckluftbereiche für Windenergie und Geothermie genutzt werden könnten und
- weil es keine garantierte Sicherheit vor Gefahren durch Leckagen gibt.

Eine CO₂-Einlagerung in Nordfriesland und Umgebung wäre geradezu „tödlich“ für die Zukunftsentwicklung unserer ganzen Region und muss deshalb mit allen rechtlich erlaubten Mitteln des demokratischen Widerstandes verhindert werden. Wir nordfriesischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dabei aktiv an der Seite der Bürgerinitiativen. Gemeinsam werden wir es nicht zulassen, dass Nordfriesland / das nördliche Schleswig-Holstein zur CO₂-Müllkippe der Nation degradiert wird.

Die Vereinbarkeit von Welt-Natur-Erbe Wattenmeer und einer CO₂-Einlagerung steht im Widerspruch.

Der Widerspruch begründet sich in der Auszeichnung des Wattenmeeres als Welt-Natur-Erbe und dem Einsatz einer absolut unsicheren Technologie, die eine Gefährdung für das Wattenmeer darstellen kann.

Aus Sicht des SPD-Kreisverbandes Nordfriesland steht die geplante Einlagerung von verflüssigtem CO₂ im krassen Widerspruch zum Welt-Natur-Erbe Wattenmeer.

Dieser schützenswerte Bereich mit seinem empfindlichen Ökosystem und der Einzigartigkeit seiner Inseln und Halligen mit seinen Menschen, seiner Flora und Fauna wird durch die geplante Einlagerung einer nicht auszuschließenden Gefährdung und Vernichtung ausgesetzt. Die Einlagerungsgebiete umfassen neben dem Gebiet der norddeutschen Tiefebene auch die deutsche Nordseeküste und damit das Welt-Natur-Erbe Wattenmeer.

Die sichere Lagerung von CO₂ ist zu keinem Zeitpunkt gegeben und schließt einen Wiederaustritt aus den Lagern nicht aus. Schon jetzt wird davon ausgegangen, dass ca. 0,02% des Einlagerungsvolumens austreten werden.

Das verflüssigte CO₂ soll in salzwasserführenden Schichten eingepresst werden. Die Größe des Einlagerungsgebietes kann nicht genau definiert werden und somit auch nicht, wie sich das verflüssigte CO₂ in diesen Schichten verteilt und wo es letztendlich verbleibt. Mögliche Leckagen können nicht lokalisiert werden und somit auch nicht abgedichtet werden.

Auf diese unsichere, nicht nachhaltige und gefährliche Technologie muss vom Land Schleswig-Holstein und von Deutschland unwiderruflich und eindeutig verzichtet werden.